LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/2824
zu Drucksache 14/2520
15. 01. 2004

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/2520 –

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)

Regionale Strukturförderung in Rheinland-Pfalz

Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Mit der erfolgreichen und vom Land Rheinland-Pfalz begrüßten Erweiterung der Europäischen Union um Staaten vor allem in Mittel- und Osteuropa erwachsen auch der Wirtschaft des Landes große neue Chancen. Die hohen Steigerungsraten des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas beweisen das.

Die Erweiterung der Europäischen Union wird aber auch Konsequenzen für die Förderung der Regionen aus den Programmen der EU haben, da das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost nach wie vor erheblich ist. 2003 lag das durchschnittliche nominale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftparitäten Euro der künftigen zehn neuen Mitgliedstaaten bei 48 % des Durchschnitts der bisherigen 15 EU-Mitglieder. Die Bundesregierung hat wie die Regierungen der anderen sog. „Nettozahler“ in der Europäischen Union erklärt, dass die Zahlungen an die EU im Zuge der Erweiterung nicht erhöht werden sollen. Das wird dazu führen, dass die bis heute erreichte Höhe der Förderung von Regionen des Landes aus den EU-Programmen nicht aufrechterhalten werden kann. Dies trifft zusammen mit der auch für Rheinland-Pfalz empfindlichen Einschränkung der Strukturförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.

Aus der „Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programmes Rheinland-Pfalz 2000 bis 2006“, die die Landesregierung dem Landtag vorgelegt hat, geht hervor, dass wesentliche Teile der eingeplanten EFRE-Mittel bisher nicht mit konkreten Vorhaben gebunden werden konnten. Bei der Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft sind es erst 29,2 % der eingeplanten Mittel, beim Schwerpunkt „Umwelt und Nachhaltigkeit“ erst 6,3 % der Mittel. Deutlich besser können die Mittel für die wirtschaftsnahe Infrastruktur und die wirtschaftsnahe Forschung und Technologie verwendet werden.

Es bleibt unverzichtbare Aufgabe der Landespolitik, die strukturell schwächeren Regionen des Landes zu fördern und ihren Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Dafür braucht das Land ausreichende finanzielle Mittel und auf der Ebene der EU wie auch des Bundes rechtlich abgesicherten Handlungsspielraum.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 15. Januar 2004

Deshalb fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf:

- schon jetzt politische Vorsorge zu treffen für eine mögliche neue regionale Gewichtung der EU-Förderprogramme,
- sich auf eine Minderung der Fördermittel aus EU-Programmen einzustellen und die Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz entsprechend konzeptionell auszurichten,
- die Mittel zur Förderung der wirtschaftlich schwächeren Regionen des Landes auf den Ausbau der Infrastruktur sowie die Bildung profilierter Schwerpunkte der wirtschaftsnahen Forschung, Entwicklung und Technologie zu konzentrieren.

Insbesondere fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund und der EU dafür einzusetzen, dass auch nach der Erweiterung der Europäischen Union ein ausreichender rechtlicher Handlungsspielraum zur Förderung strukturschwächerer Gebiete in Rheinland-Pfalz gegeben ist. Darüber hinaus müssen ausreichende finanzielle Mittel verfügbar bleiben. Als Alternative zur gegenwärtigen Förderung aus EU-Mitteln kommt auch das sog. „Nettofondsmodell“ in Frage, wie es die Regierung des Freistaates Bayern vorschlägt. Danach werden die Zahlungen der sog. „Nettozahler“ in der EU um die rückfließenden EU-Mittel gekürzt. Im Gegenzug können die eingesparten Mittel für eine eigenständige regionale Strukturförderung eingesetzt werden. Voraussetzung ist, dass die beim Bund eingesparten Zahlungen an die EU den Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Für die Fraktion:
Herbert Jullien